

NEWSLETTER

des SPD-Landtagsabgeordneten Wiard Siebels

- FÜR MITGLIEDER IM WAHLKREIS - ALS DOWNLOAD - IM ABO -

58. Ausgabe / 02. August 2019



LIEBE LESERINNEN UND LIEBE LESER,

die heißesten Tage des Jahres scheinen vorüber, viele von Ihnen erreicht mein Newsletter im Urlaub, ob zuhause oder in der Ferne. Auch in der Landespolitik finden zur Zeit wenige oder gar keine Sitzungen statt. Wir bereiten uns auf das zweite Halbjahr vor; viele wichtige Vorhaben stehen an. Ich werde auch weiterhin darüber berichten.

Was mich beunruhigt, ist die weitere Verrohung der politischen Auseinandersetzung in Deutschland. Ich stelle dies nicht nur bei den großen Themen in Land und Bund fest, sondern



Weiter auf Seite 6

LANDESETAT 2020 SETZT SPD-FORDERUNGEN UM

Die SPD-geführte Landesregierung hat ihren Entwurf für den Landeshaushalt 2020 mit einem Gesamtvolumen von rund 34 Milliarden Euro verabschiedet. Neben der Einhaltung der Schuldenbremse und dem Verzicht auf Neuverschuldung und Nettokreditaufnahme enthält der Entwurf zahlreiche Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Pflege sowie ein Programm zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Die Fraktionsvorsitzende Johanne Modder und der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels dazu: „Niedersachsen hält nicht nur die Vorgaben der Schuldenbremse ein, sondern investiert gleichzeitig beträchtliche Mittel in allen wichtigen Bereichen der staatlichen Daseinsvorsorge. Auch die SPD-Forderung nach einem Wiedereinstieg in die Jahressonderzahlung für Beamtinnen und Beamte findet sich im Haushaltsentwurf wieder, der eine klar sozialdemokratische Handschrift trägt.“

Mit Blick auf die angekündigten Sonderzahlungen verdeutlicht Siebels: „Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

war es uns ein besonderes Anliegen, dass die unteren Tarifgruppen eine spürbare Erhöhung ihrer Besoldung erhalten. Mit 500 Euro pro Kopf zusätzlich auf eine Sonderzahlung in Höhe von insgesamt 920 Euro bis zur Tarifgruppe A8 ist uns dies gelungen.“ Alle anderen Beamte erhalten eine Sonderzahlung von 300 Euro, pro Kind gibt es darüber hinaus 50 Euro zusätzlich.

Auch für die Lehrkräfte im Grund-, Haupt- und Realschulbereich sei der Haushaltsentwurf einen Schritt in die richtige Richtung, so Modder und Siebels: „Unsere Lehrkräfte leisten jeden Tag hervorragende Arbeit. Unsere Anerkennung machen wir mit einer allgemeinen Stellenzulage von 94,25 Euro auch finanziell deutlich.“

Bereits auf ihrer Klausur im März in Cuxhaven hatte sich die SPD-Landtagsfraktion zudem für eine Sicherung der Stellen an den berufsbildenden Schulen eingesetzt. Die Finanzierung der 260 Planstellen für Lehrkräfte und von 50 sozialpädagogischen Mitarbeitern an berufsbildenden Schulen ist damit dauerhaft gesichert. Darüber hinaus erhalten die BBSen erstmalig ein im Haushalt verankertes Vertretungsbudget in Höhe von 7,5 Mio. Euro.“

TIERWOHLLABEL FÜHRT ZU MEHR TRANSPARENZ

Die SPD-geführte Landesregierung hat eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines verpflichtenden Tierwohllabels beschlossen. Dazu erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, der Abgeordnete Wiard Siebels aus Aurich, in der Landtagsdebatte: „Dieser Beschluss der großen Koalition im Agrarland Nr. 1 stellt einen Meilenstein für das Tierwohl und ein wichtiges Signal an die Bundesregierung dar. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass alle Konzepte, die ausschließlich auf freiwilliger Mithilfe der Agrarindustrie basieren, nicht fruchten und nur immer weiter vertagt werden.“ Siebels sagte weiter: „Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein großes Bedürfnis nach Transparenz über Herkunft, Aufzucht, Haltung und Schlachtung der Nutztiere.“ Mit einem verpflichtenden Tierwohllabel werde dieser Transparenz geschaffen und ein wichtiger Beitrag zu besseren Haltungsbedingungen geleistet.

Zur konkreten Umsetzung des Labels erklärt Wiard Siebels: „Für uns ist entscheidend, dass ein solches Label auch eine hohe Marktdurchdringung erhält und die betroffenen Tierhalter eine beihilfe-rechtlich zulässige Förderung als Ausgleich für die entstehenden Mehrkosten erhalten.“

SIEBELS: WOHNUNGSGESETZ FÜR INSELN NACHBESSERN

Grundsätzlich begrüße die SPD-Fraktion die Anpassung des Wohngeldstärkungsgesetzes auf Bundesebene, das ein elementarer Baustein sei, um die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Wohnkosten wirkungsvoll zu entlasten. Besonders Haushalte mit einem niedrigen Einkommensniveau profitierten hiervon nachhaltig. Insgesamt werde durch die Reform auch der Empfängerkreis deutlich erweitert. Die Dynamisierung, die sich alle zwei Jahre den Entwicklungen von Miete und Einkommen anpasse, sei zweifelsohne eine Verbesserung des vorherigen Status Quo. Ungeachtet dessen bleibe gerade mit Blick auf die Inseln die Situation des bezahlbaren Wohnraums angespannt, sagt der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels aus Aurich. Hier greife die Anpassung des Wohngeldstärkungsgesetzes nicht. Basierend darauf, dass bei den Inseln die Berechnung des Wohngeldes auf Landkreisebene erfolge, würden die Inseln durch das vergleichsweise geringe Kostenniveau der Wohnkosten auf dem Festland benachteiligt. Hier sei eine dringende Nachbesserung seitens des Bundes erforderlich, damit eine Anpassung des Wohngeldes auch bei den Inselbewohnern ankomme. Auf unseren Inseln muss auch abseits des Tourismus eine bezahlbare Wohngrundlage vorhanden sein!

AUSBILDUNGSOFFENSIVE IN DEN PFLEGEBERUFEN

Die Ergebnisse der „Konzertierten Aktion Pflege“ (KAP) auf Bundesebene unterstreichen deutlich, dass die SPD-Landtagsfraktionen mit ihren Initiativen zur Verbesserung der Situation in der Pflege auf der Höhe der Zeit ist. Sie lassen sich mit folgenden Schlagworten festhalten: Mehr Ausbildung, mehr Personal und mehr Geld. „Das ist eine klare und positive Botschaft: Um dem Pflegenotstand zu begegnen, soll eine Ausbildungs-offensive zehn Prozent neue Auszubildende bis 2023 in die Pflegeeinrichtungen bringen. Eine Neugestaltung der Pflegeausbildung, eine Mindestausbildungsvergütung sowie eine bundesweite Schulgeldfreiheit sind weitere wichtige Bausteine“, stellte der Abgeordnete Wiard Siebels, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion fest. Die Bezahlung in den Pflegeberufen sei ein wichtiger Attraktivitätsfaktor. Es dürfe nicht sein, dass schlechte Bezahlung einen Wettbewerbsvorteil für die Unternehmen bedeute und so Gewinne auf dem Rücken der Pflegekräfte erwirtschaftet würden. Gerade bezüglich einer tariflichen Bezahlung habe sich die SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren wiederholt für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag sowie für grundlegende Verbesserungen der Rahmenbedingungen ausgesprochen.



EINE BESUCHERGRUPPE AUS DEM WAHLKREIS bestand jetzt erstmals auch aus 10-jährigen Schülern. Sie setzte sich zusammen aus Mitgliedern der Reservistenkameradschaft Simonswolde und Jugendlichen der Volkstanz- und Trachtengruppe Wiesmoor mit ihren Betreuern. Bei strahlendem Sommerwetter wurde die Busfahrt zum Landtag nach Hannover unternommen, wo ein Vortrag und die Vorführung des Landtagsfilms auf sie wartete. Anschließend konnten sie auf der Besuchertribüne einer Plenarsitzung des Landtags beiwohnen. Auch für eine Diskussion mit dem Abgeordneten und das obligatorische Erinnerungsfoto reichte die Zeit.



DER RADWEG AN DER KREISSTRASSE 129 (Spekendorfer Straße) wurde jetzt im Beisein des Landtagsabgeordneten Wiard Siebels freigegeben. Weitere Repräsentanten waren Landrat Harm-Uwe Weber, die stellvertretende Landrätin Antje Harms, Aurichs Bürgermeister Heinz-Werner Windhorst und das SPD-Urgestein Gerhardd Kerker. Der neue Radweg hat eine Breite von 2,50 m und stellt die einzige straßengeführte Schulwegverbindung zwischen Plaggenburg und Pfalzdorf dar. Die rund 1,6 km lange Strecke hat rund 980.000 Euro gekostet, zu denen es eine 60-prozentige Landesförderung gab; Stadt und Landkreis übernahmen je 20 Prozent der Baukosten.



BEI DER JUSO-BEZIRKSKONFERENZ in Wardenburg wurde André Goldenstein aus Ihlow von den 33 Delegierten in seinem Amt als Bezirksvorsitzender bestätigt. Unser Bild zeigt gewählte neue Vorstandmitglieder mit dem Landtagsabgeordneten Wiard Siebels. Im Foto v.l. Nils Eertmoed, Timo Mehlmann, Marika Timker, Siebels, Sabine Zimmermann, André Goldenstein und Hannes Langer.

MEHR LEHRER UND MEHR GELD FÜR BERUFSSCHULEN

„Angesichts eines sich verschärfenden Fachkräftemangels in vielen Ausbildungsberufen kommt der beruflichen Bildung in Deutschland und in Niedersachsen eine entscheidende Bedeutung zu.“ sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Wiard Siebels aus Aurich. Um die hohe Qualität der beruflichen Bildung auch in Zukunft zu gewährleisten, müssten die berufsbildenden Schulen noch besser mit Lehrkräften ausgestattet werden und auch über ein angemessenes Budget verfügen, um deren Einstellung zu ermöglichen. Die berufliche Bildung in Niedersachsen stehe vor großen Herausforderungen, der Trend zur Akademisierung sei dabei ebenso zu nennen wie die Anpassung der Lehrpläne an die fortschreitende Digitalisierung praktisch aller Berufsfelder. „Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für eine gleichwertige Behandlung von beruflicher und akademischer Bildung ein und wollen mit unserem Entschließungsantrag das Zeichen setzen, dass sich die Akteure in der beruflichen Bildung auf unsere Unterstützung verlassen können.“



BEIM SOMMERFEST DES SPD-ORTSVEREINS GROSSHEIDE herrschte wieder eine tolle Stimmung, was auch unser Bild gut widerspiegelt. Knieend die neue Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Hannelore Poppinga-Hanssen.

SIEBELS: KRANKENHÄUSER FÜR UMGANG MIT DEMENZPATIENTEN SENSIBILISIEREN

Im Landtag stand ein Entschließungsantrag der Regierungsfractionen von SPD und CDU zur besseren Versorgung von Demenzerkrankten in Krankenhäusern zur Beratung an. Vorausgegangen war eine interne Expertenanhörung der SPD-Landtagsfraktion. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels, erklärt dazu: „Alle angehörten Experten haben uns bescheinigt, dass die Versorgung von Patienten mit demenziellen Erkrankungen an unseren Krankenhäusern eine immer größere Rolle spielt.“ 75.000 Patientinnen und Patienten, die an einer Demenz leiden, würden jährlich in niedersächsischen Krankenhäusern wegen einer anderen Akutkrankheit aufgenommen. Ihre Demenzerkrankung sei zwar nur eine »Nebendiagnose«, aber dennoch benötigten diese Pati-

enten aufgrund ihrer Demenz eine besondere Betreuung. Leider sei diese bisher nur in Ausnahmefällen gewährleistet: „Mit dem gemeinsamen Entschließungsantrag von SPD und CDU soll die Situation von Demenzerkrankten an den Krankenhäusern verbessert werden: Wir fordern neben Schulungs- und Weiterbildungsangeboten für Fachkräfte und Angehörige den Aufbau mobiler Careteams, die die Krankenhäuser vor Ort unterstützen, sensibilisieren und beratend für Krankenhausleitung und Pflegekräfte zur Verfügung stehen“, so Siebels. Zudem solle landesweit sichergestellt werden, dass schon im Rahmen der Krankeneinweisung standardisiert eine Demenz abgefragt werde. Nur so habe das Krankenhaus überhaupt die Chance, sich auf eine Demenzerkrankung einzustellen. ■



AUCH DER 2. STAMMTISCH DES SPD-STADTVERBANDES AURICH in der Gaststätte „Pinte“ im Auricher Carolinengang war mit rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wieder gut besucht. Der Betriebsratsvorsitzende des Emdener VW-Werkes, Manfred Wulff (6. v.l.) erklärte den Genossinnen und Genossen und ihren Gästen den bevorstehenden Konzernumbau zum Elektroantrieb. Dabei konnte Wulff auch eher unbekannt Details und kleine Insiderinformationen beisteuern, so dass sich das Kommen für alle Teilnehmerr gelohnt hatte. Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels nutzte die Gelegenheit, kompakt über aktuelle Themen aus dem Juni-Plenum des Niedersächsischen Landtages zu berichten.



VOR DER MALERISCHEN KULISSE DES IM WILHELM-BUSCH MUSEUMS feierte die SPD-Landtagsfraktion ihr traditionelles Sommerfest. Mittendrin natürlich der parlamentarische Geschäftsführer Wiard Siebels mit seiner Landtagskollegin Hanna Naber aus Oldenburg sowie weiteren Gästen.

SIEBELS: MEHR SICHERHEIT AUCH BEI DEN MEDIZINPRODUKTEN

„Bei der Überwachung von Medizinprodukten bestehen große Defizite und unmittelbarer Handlungsbedarf. Die Sicherheit der Patienten muss endlich an erster Stelle stehen.“ sagt der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels. Leider sei es gesetzlich zulässig, dass private Stellen medizinische Produkte nach klinischen Studien zulassen, die unzureichend reglementiert seien. Jeder Pharmakonzern könne frei entscheiden, wie lange er ein Produkt testet und auch an wie vielen Probanden. Dies könne verheerende Folgen für die Patienten nach sich ziehen. Die SPD fordere deshalb die Einführung eines staatlichen Registers sowie eine Neuregelung der Zulassungspraxis durch eine europäische Institution, analog zum Umgang mit Arzneimitteln. ■

SIEBELS: WOHNUNGSMARKT AUCH IN LÄNDLICHEN REGIONEN ANGESpanNT

„Der Bericht zur Lage des Wohnungsmarktes in Niedersachsen offenbart leider bekannte Spannungen: Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum bleibt groß.“ sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Wiard Siebels. In Ballungsgebieten und auch in ländlichen Regionen herrsche eine angespannte Marktlage. Der Bedarf an bezahlbaren, preisgünstigen und barrierefreien Wohnungen steige weiter. „Wir sind froh, dass unser Bauminister Olaf Lies die Probleme des Wohnungsmarktes angeht und die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen als Kernaufgabe deklariert.“ Mit den 400 Mio. Euro für soziale Wohnraumförderung und durch die Bundesfinanzhilfen von 1,7 Mrd. Euro bis 2023 könnten jetzt wichtige Neubauvorhaben realisiert werden. ■



MIT DEM AURICHER WIARD SIEBELS hatten die Genossen des SPD-Ortsvereins Wittmund den parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion zu Gast. Gemeinsam mit den anderen Landtagsabgeordneten aus Weser-Ems übernimmt Siebels aktuell die Betreuung dieses Wahlkreises. In seiner Rede schnitt der Landespolitiker aus Aurich insbesondere die Themen des Juni-Plenums des Niedersächsischen Landtags an. An dem Abend gab es auch eine Neuaufnahme (rechtes Bild); Marcel Brückner (li.) erhielt sein Parteibuch vom OV-Vorsitzenden Olaf Wagner, von der Kreisvorsitzenden Roswita Mandel und von MdL Wiard Siebels.





„Eindrucksvoll, so etwas ist mir ansonsten in Niedersachsen nicht bekannt. Die »Stillen Räume Ihlow« zeigen als Erinnerungsstätte eine wichtige Phase der ostfriesischen Geschichte. Das Projekt ist mir sehr, sehr sympathisch“, sagte der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil anlässlich des Festaktes zum 10-jährigen Bestehen der Klosterstätte Ihlow vor geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirche. Unser Bild zeigt in der ersten Reihe (v.l.) Ihlows Bürgermeister Johann Börgmann, Ministerpräsident Stephan Weil, MdL Wiard Siebels und Landrat Harm-Uwe Weber. Der Bürgermeister Börgmann überraschte den Gast aus Hannover mit der Idee, das einstige Jagdschloss in seiner damaligen Größe nachzubauen. Dafür erhoffte er sich zu gegebener Zeit dann natürlich einen Landeszuschuss.



DER LANDTAGSABGEORDNETE WIARD SIEBELS im Reichstag in Berlin. Die SPD-Landtagsfraktion hat dort im Fraktionsaal der SPD-Bundestagsfraktion eine Sitzung abgehalten. Unser Foto zeigt am Vorstandstisch neben Wiard Siebels (v.l.) die SPD-Fraktionsvorsitzende Hanne Modder, MdB Johann Saathoff, den SPD-Umweltpolitiker Dr. Matthias Miersch, Dr. Jörg Mielke, Chef der Niedersächsischen Staatskanzlei, noch-MdL und demnächst Oberbürgermeister der Stadt Cuxhaven, Uwe Santjer, sowie Dr. Silke Lesemann, stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.



Große Unterstützung für Vanessa Gattung (Bildmitte) als Kandidatin für die emsländische Landrätin. Foto: Friedhelm Wolski-Prenger

EIN KÄMPFERISCHER ABEND BEI DEN FREUNDEN IM EMSLAND

Die Bundestagsabgeordnete Daniela de Ridder reiste eigens aus Berlin an, um Vanessa Gattung im emsländischen Landratswahlkampf zu unterstützen. Und aus Hannover kam der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Wiard Siebels mit dem gleichen Ziel nach Emsbüren.

Das sprichwörtliche Dach über dem Kopf – manche Menschen können sich das heute kaum noch leisten. Gerade in Großstädten kann eine Wohnung schon mal die Hälfte des Nettolohns oder mehr kosten. Doch auch im ländlich geprägten Emsland mangelt es zunehmend an bezahlbarem Wohnraum.

Dies war Hauptthema der gemeinsamen Veranstaltung der SPD-Ortsvereine Emsbüren und Salzbergen. Niemand solle mehr als ein Drittel seines Einkommens für Wohnen bezahlen müssen. Dafür will sich die SPD auf allen politischen Ebenen einsetzen.

Wiard Siebels aus Aurich berichtete, dass sich die SPD im Niedersächsischen Landtag erfolgreich für eine zusätzliche soziale Wohnraumförderung in Höhe von 400 Mio. Euro eingesetzt habe.

Laut Daniela de Ridder konnten die Bundesmittel für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Einsatz der SPD über die im Koalitionsvertrag bis 2021 bereits vorgesehenen 2 Milliarden Euro in diesem Jahr um weitere 500 Mio. Euro erhöht werden.

Einigkeit bestand darin, dass auch die Einkommen gesteigert werden müssten. Vanessa Gattung verwies darauf, dass der Fachkräftemangel im Emsland nicht zuletzt durch das unterdurchschnittliche Lohnniveau bedingt sei. Daniela de Ridder und Wiard Siebels forderten die Erhöhung des deutschen Mindestlohns auf 12 Euro sowie die Schaffung eines europäischen Mindestlohns. So könne der Billigkonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt begegnet werden. ■



FUSION DER FINANZÄMTER STÄRKT STANDORT AURICH

Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) sprach auf Einladung des Landtagsabgeordneten Wiard Siebels (SPD) mit Vertretern des Personalrates der Finanzämter Aurich. Anlass war die im September vergangenen Jahres beschlossene organisatorische Zusammenlegung mehrerer Finanzämter. Bei der Zusammenlegung der Ämter Aurich und Wittmund werden beide Standorte in vollem Umfang weitergeführt; eine weitere Zusammenlegung wird es bei den Finanzämtern Emden und Norden geben.

Hilbers und MdL Siebels versicherten dem Auricher Personalrat, dass bei der Fusion kein Personal abgebaut werden solle. Es gehe darum, durch Umverteilung von Aufgaben die Finanzämter in der Fläche zu erhalten; denn in einzelnen Bereichen werde die notwendige Anzahl an Anträgen heute nicht mehr erreicht. Bestimmte Aufgabenbereiche sollen deshalb an einem Standort konzentriert werden, andere an dem anderen Standort. Einige Mitarbeiter müssten deshalb den Einsatzort wechseln, andere das Aufgabengebiet. ■

SIEBELS: EINSATZ FÜR DIE JUGENDWERKSTÄTTEN HAT SICH AUSGEZAHLT

„Die Finanzierung der Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Zentren ist bis zum Jahr 2022 sichergestellt.“ sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Wiard Siebels. Aufgrund des Brexits und der daraus folgenden Umstrukturierung des EU-Haushalts war die Finanzierung der Einrichtungen bis zuletzt fraglich. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion freut sich: „Das sind sehr gute Nachrichten für die Träger der Jugendwerkstätten und die Jugendarbeit in Niedersachsen. Der Einsatz der SPD für eine gesicherte Finanzierung hat sich ausgezahlt, und die 40-jährige Erfolgsgeschichte der Jugendwerkstätten in Niedersachsen kann fortgeschrieben werden.“ Die vom Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vorgestellte Lösung sieht wie bisher eine Finanzierung der Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Zentren aus einer Kombination von Landes- und EU-Mitteln vor. Die Träger, aber auch die Beschäftigten der Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Zentren hätten nun bis zum Jahr 2022 Planungssicherheit. Die Arbeit an dem Finanzierungskonzept müsse fortgesetzt werden, um die Einrichtungen auch über dieses Datum hinaus zukunftsfest aufzustellen. ■



DIE ZEIT STAATLICHER REGULIERUNG IST GEKOMMEN

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels aus Aurich, hat in einem Interview der Online-Publikation „Thema im Landtag“ (TiL) und im „Vorwärts“ erklärt, warum zwingend ein verbindliches staatliches Tierwohllabel eingeführt werden muss und weshalb auch heute noch massenhaft männliche Küken getötet werden. Hier das komplette Interview auch für die Newsletter-Leser.

TiL: Niedersachsen ist das Agrarland Nummer 1, aber bei vielen Bürgerinnen und Bürgern hat die Landwirtschaft ein schlechtes Image, woran liegt das?

Siebels: Ich denke, das hat damit zu tun,

dass bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern in den letzten Jahren ein Bewusstseinswandel eingesetzt hat und man sich heute viel mehr Gedanken über den Umweltschutz und das Tierwohl macht, als das noch vor einiger Zeit der Fall war. Viele Menschen nehmen die Landwirtschaft da häufig als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung wahr.

TiL: Ist das eine berechtigte Ansicht?

Siebels: Sicherlich nicht pauschal. Fakt ist, dass die Landwirtschaft in Niedersachsen in der überwältigenden Mehrheit qualitativ hochwertige Lebensmittel herstellt und nicht umsonst zu den größten Ex-

portbranchen unseres Landes gehört. Es gibt allerdings immer wieder Themenfelder, in denen ein Marktversagen offenkundig wird.

TiL: Woran denkst du dabei?

Siebels: Ein wirklich eindrückliches Symbol für derartige Fehlentwicklungen in der Branche ist beispielsweise die massenhafte Tötung von männlichen Küken in der Legehennenaufzucht. Es ist einfach niemandem zu vermitteln, dass männliche Küken millionenfach geschreddert oder vergast werden, weil sich ihre Aufzucht wirtschaftlich nicht lohnt. Das sehen übrigens auch die meis-

ten Landwirte so. Es fällt auch vielen Bürgerinnen und Bürgern schwer, zu verstehen, warum es bis heute kein verbindliches, staatliches Tierwohllabel gibt – trotz jahrelanger Debatte darüber.

TiL: Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner spricht sich in der Regel für freiwillige Lösungen aus.

Siebels: Und genau darin liegt ein großer Fehler in der Landwirtschaftspolitik von CDU und CSU der letzten Jahre! Die Debatten über das Kükentöten und ein bundesweites Tierwohllabel haben eines gemeinsam: sie werden seit vielen Jahren und weitestgehend ergebnislos geführt. Es wird Zeit, dass sich im Bereich des Tierwohls endlich etwas verbessert. Nur so kann das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Landwirtschaft und Agrarindustrie wieder aufgebaut werden. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass alle Konzepte, die ausschließlich auf freiwilliger Mithilfe der Agrarindustrie basieren, nicht fruchten und Probleme nur immer weiter vertagt werden.

TiL: Was ist die Alternative?

Siebels: Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir der Meinung, dass nun die Zeit verbindlicher staatlicher Regulierung gekommen ist. Wir wollen für Niedersachsen einen verbindlichen Ausstieg aus der massenhaften Kükentötung noch in diesem Jahr, und wir haben eine Bundesratsinitiative für ein bundesweites, verpflichtendes Tierwohllabel auf den Weg gebracht. Dabei wurden wir auch von der Landwirtschaft unterstützt, die selbst sagt: „Wir wollen ein solches Label“, weil es den Verbrauchern eine klare Grundlage für ihre Kaufentscheidung liefert. ■



Wiard Siebels auf dem Hof von Landwirt Udo Hasbargen.

Fortsetzung von Seite 1

auch vor Ort. Vielleicht sollten wir wieder lernen, Argumente anzuhören, abzuwägen, einen Kompromiss zu schließen und denjenigen, die anderer Meinung sind, nicht vorschnell schlechte Motive zu unterstellen.

Ganz besonders gilt dies für die „Diskussionen“, die sich im Internet, d.h. in den sozialen Medien, abspielen: Hassbilder, entstellte Politikerfotos, die vor Blut triefen, scheinen dort fast zur Normalität zu werden. Mein Appell an alle: diskutiert wieder sachlich.

Damit ich jetzt nicht falsch verstanden werde: die Auseinandersetzungen dürfen und müssen hart sein - wir streiten ja um den richtigen Weg, aber lasst uns dabei fair miteinander umgehen und nicht Wasser auf die Mühlen derer lenken, die in der Vergangenheit bewiesen haben, dass sie einen ganzen Kontinent ruinieren können.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen weitere schöne Sommertage und eben faire Auseinandersetzungen um die Zukunft in unseren Gemeinden und Städten und damit dann auch im Land und im Bund.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr


**WIARD
SIEBELS**

Niedersächsischer
Landtagsabgeordneter

**Impressum (V.i.S.d.P.):
Abgeordnetenbüro Siebels**

Dita Bontjer, Mitarbeiterin
Julianenburger Straße 33
26603 Aurich

Telefon: 04941 3387 u. 9806725

Telefax: 04941 938692

eMail: buero@wiard-siebels.de

Newsletter Layout und Redaktion:
M. Galka, Aurich

Homepage:

www.wiard-siebels.de

**NACH BERLIN**

zu ihrem traditionellen Sommerfest eingeladen hatte die Landesregierung Niedersachsen. Unser Bild zeigt MdL Wiard Siebels aus Aurich mit den beiden Abgeordneten Volker Senftleben (Wahlkreis 23, Alfeld) und Sabine Tippelt (Wahlkreis 20, Holzminden). Macht sich doch gut - unser Landtagsabgeordneter mit Anzug und Fliege auf dem Berliner Parkett ...

SIEBELS ZUR ZUKUNFT DER AUTOMOBILINDUSTRIE

„Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die parteiübergreifende Initiative der drei Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, Markus Söder und Stephan Weil, und das daraus entstandene Positionspapier zur Zukunft der Automobilwirtschaft in unserem Land.“ Allein in Niedersachsen seien rund 250.000 Arbeitsplätze direkt von der Automobilbranche abhängig, sagt MdL Wiard Siebels aus Aurich.

Zusammen mit den beiden Automobilstandorten Baden-Württemberg und Bayern beschäftige dieser für Deutschland so wichtige Industriezweig sogar

über eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

„Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es unabdingbar, dass Klimaschutz und gute Arbeit als zwei Seiten derselben Medaille betrachtet werden.“ so Siebels weiter. Nur so könne eine neue, ganzheitliche Mobilitätsstrategie zum Erfolg führen.

Dazu gehöre auch die technologieoffene Forschung und Entwicklung im Bereich alternativer Antriebe sowie eine konzertrierte Aktion des Bundes, der Länder und der Industrie beim Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur für Elektroautos.“



UNERWARTETEN BESUCH bekam der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels in seinem Wahlkreisbüro in der Julianenburger Straße. Helene Krull-Weber, die stellvertretende Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes, hatte sich angesagt, um mit dem Abgeordneten, der zugleich stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Aurich und des SPD-Bezirks Weser-Ems ist, über die zukünftige Politik in Aurich und demnächst geplante Veranstaltungen zu reden. Dita Bontjer, die Mitarbeiterin des Abgeordneten, hielt diesen Moment geistesgegenwärtig mit der Kamera fest.